

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Rieser
Gesamt Nr. 24.

Verlagsort: Brigg 2100.
Gesamt Nr. 24.

Für die Königl. Amtshauptmannschaft Großhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 259.

Mittwoch, 6. November 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Lesiger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 8.00 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundzeile (7 Zeilen) 20 Pf., Zeitungspreis 25 Pf.; zeitungsüber und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Beste Tarife. Demwilliger Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteiljährliche Unterhaltungsbeilage „Gröba“ an der Spitze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlagsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Ablieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittler, Riesa.

Mit der Abnahme der kaiserlichen Stabsbefehle ist weiter beauftragt:

Schlossermeyer Grambauer-Gröba.

Großhain, am 5. November 1918.

306 d. Dir.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 8. laufenden Monats ab auf Ab-

Schnitt 45 der roten Nährmittelfarte I 300 gr Getreide, grünen I 250 gr Getreide.

Der Preis beträgt 48 Pf. für das Pfund.

Die Entnahme hat bis spätestens den 14. laufenden Monats zu erfolgen.

Die Abschnitte 45 der roten und grünen Nährmittelfarte I sind bis spätestens den 16. laufenden Monats an den Kommunalverband einzuliefern. Diese Frist ist unbedingt einzuhalten.

Großhain, am 5. November 1918.

1084 o. III.

Der Kommunalverband.

Einschätzung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer.

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden Einschätzung zur Einkommen- und zur Ergänzungssteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Deklaration der steuerpflichtigen Einkommens und des ergänzungssteuerpflichtigen Vermögens an diejenigen Beitragspflichtigen ausgesendet, deren Einkommen nicht zweifelsfrei unter dem Betrage von 1000 M. jährlich und deren ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen nicht unter dem Betrage von 60000 M. liegt.

Es steht jedoch auch denjenigen, welchen solche Aufforderungen nicht zugehen werden, frei, Deklarationen über ihr Einkommen oder über ihr ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen bis zum 27. November 1918 bei unserer Steuerkasse einzureichen. Formulare dazu werden unentgeltlich auf Verlangen an gleicher Stelle verabfolgt.

Gleichzeitig werden alle Vertreter von Personen, die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, ingleichen alle Vertreter von juristischen Personen (Stiftungen, Anstalten,

eingetragenen Vereinen, eingetragenen Genossenschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Berggenossenschaften usw.) sowie die Vertreter von sonstigen, mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Personenvereinen und Vermögensmassen aufgefordert, für die Vertreter, soweit sie ein steuerpflichtiges Einkommen haben, in der oben angegebenen Frist Einkommensdeklarationen, und soweit sie nach dem Gesetze vom 2. Juli 1902 ergänzungssteuerpflichtig sind, Deklarationen über das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen bei uns auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 6. November 1918. R.

Verteilung von Zwiebeln.

Von Donnerstag, den 7. November 1918 ab gelangen in den einschlägigen Geschäften gegen Abgabe des Abschnittes B der roten Lebensmittelbezugskarte Zwiebeln zum Preise von 32 Pf. für das Pfund zum Verkauf.

Die Verkaufsstellen haben die Abschnitte zu sammeln und gebündelt nach dem Verkauf an Herrn Hermann Gröba abzugeben.

Auf jeden Kopf entfallen 1 1/2 Pfund Zwiebeln.

Ein Drängen vor den Geschäften bitten wir zu vermeiden. Es sind sowohl Zwiebeln vorzuziehen, daß jede Person die auf sie entfallende Menge bestimmt erhält.

Der Rat der Stadt Riesa, den 6. November 1918. Gm.

Brennspiritus-Bezugsmarken

werden Donnerstag und Freitag, den 7. und 8. November 1918 in unserer Volkshaus ausgegeben. Es können nur die Inhaber der Karte Nr. 501-1168 und 1-216 eine Bezugsmarke erhalten.

Riesa, den 6. November 1918.

Der Rat der Stadt Riesa. Fnd.

Stricklöhne für Militärkrämpfe

werden Freitag, den 8. November, vormittags von 8-1 Uhr in der Stadthauptkassa ausgezahlt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 6. November 1918. S.

Sächsischer Landtag.

Das Programm der neuen Reichsregierung.

Wl. Dresden, 5. November 1918.

Zweite Kammer.

Am Regierungstage sämtliche neuen Staatsminister, Haus und Leibkammer sind voll besetzt. Beginn der Sitzung 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung. Der Vorsitzende im Staatsministerium Staatsminister Dr. Heinze führt aus: Die Staatsregierung habe den Verfassungsänderungen im Reich durchweg zugestimmt. Durch die geschlossene Neuordnung in Sachsen sei das Gesamtministerium nunmehr in enger Fühlung mit der Volksvertretung. Sein Minister könne gegen den Willen des Parlaments kaum im Amt bleiben. Demnach sollte die Bildung eines neuen Reichsministeriums und die Trennung des Kultus- und Unterrichtsministeriums in Frage. Die Regierung werde dem Landtage binnen kurzen eine Vorlage machen, die das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die zweite Kammer ohne jede Einschränkung vorschläge, verbunden mit dem System der Verhältniswahl zum Schutze der Minderheiten. Vor Friedensschluß und Rückkehr der Krieger könnten jedoch keine Wahlen vorgenommen werden. Auch der Erste Kammer könnten Minister ernannt werden. Die Erste Kammer müsse sich gleichfalls organisch dem Neubau einfügen. Jede grundsätzliche Reformierung werde unvermeidlich sein und müsse über die gegenwärtige Regierungsvorlage hinausgehen. Der Minister erwähnt sodann die Schwierigkeiten, der Volksernährung und Rohstoffversorgung, die zu beheben die Regierung entschlossen sei. An der Neuorganisation der Wirtschaft müsse das gesamte Volk mitarbeiten. Zur Durchführung der Demobilisierung im Lande sei die Gründung eines Arbeitsamtes geplant. Bucher und gewerbemäßige Geschäftshändler würden nicht Duldung noch Schonung finden. Der Abbau der Kriegswirtschaft werde allmählich erfolgen. Die Milderung der Wohnungsnot werde mit Nachdruck gefördert. An die Fragen der inneren Verwaltung werde die neue Regierung im Sinne einer freiheitlichen Weiterentwicklung herantreten. Eine Reform des Gemeindeverwaltungsrechts und des Volksschulwesens seien in Aussicht genommen. Die Kriegsgewinne sollten noch stärker steuerlich erfasst werden. Eine der wichtigsten Sorgen der Regierung bildet die Lage der Beamtenschaft und Lehrerschaft.

Für die gesamte Politik des Landes werde künftig der Staatsminister, der den Vorsitz im Gesamtministerium führe, den Ständen in erhöhtem Maße verantwortlich sein. Dadurch werde die Verantwortlichkeit der übrigen Minister für ihre Departements nicht berührt. Die erhöhte Tätigkeit des vorliegenden Staatsministers bedinge die Einrichtung einer Staatskanzlei, deren Chef die Beziehungen zum Reich und die Fragen der inneren Politik zu bearbeiten habe und werde, die einheitlich durch alle Ressorts durchgezogen werden müssen. Die Beziehungen zum Reich gebe die Regierung mit besonderem Eifer und besonderer Hingebung zu pflegen. An dem Ausbau des Reiches, der die Selbstständigkeit der Einzelstaaten in wunderbarer Weise mit der Reichseinheit verbinde, sollte alle festhalten. Der Minister schließt mit einem Hinweis auf die gewaltigen Rüstungen im Westen, die Deutschland jetzt allein durchzuführen habe und sagt: Innerlich muß ich unser Volk nicht. Wir haben Anspruch auf einen Frieden, der uns die Entwicklungsmöglichkeiten läßt. Dieser Krieg muß der letzte sein. Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland in Frieden den Platz an der Sonne erhält, auf den es gerechten Anspruch hat und den es sich in Zukunft als freies Volk im friedlichen Wettbewerb mit den anderen Völkern täglich neu erobern wird. (Beifall.)

Das Haus beschließt eine Ausdrucksache zur Regierungserklärung. Abg. Ullig (Soz.) legt die Entlassung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Programm der neuen Regierung dar. Die Sozialdemokratie habe den Willen und den Willen, an ihrem Teil zu helfen, das Land und das Volk vor dem Schlimmsten zu retten. Der Wunsch nach Frieden dürfe nicht wegen dynastischer und monarchischer Interessen unerfüllt bleiben. Die Mehrheit des Volkes sei für die Republik. Weder wünsche weiter die Befreiung der Ersten Kammer, eine restlose Amnestie und die Herstellung der Pressefreiheit sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes und die Einheitschule. Abg. Rietzhammer (Nat.) erklärt, es sei der ehrliche Entschluß der nationalliberalen Partei, auf dem betretenen Wege mitzuarbeiten. Sie hätten das lebhafteste Interesse daran, daß die Demokratie, die großen Aufgaben, die ihr gestellt seien, erfolgreich löse. Seine Partei stehe auf dem Standpunkte der Reichseinheit. Sie bestreite, daß das Reichertum eine invariablen-prototypische Bedeutung habe. Die Befreiung des Reichertums müßte zu einem Verfall des Deutschen Reiches führen. Wir brauchen aber in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Nachkriegslage des Deutschen Reiches. Abg. Dr. Böhm (Nat.) weist darauf hin, daß sich innerhalb der einzelnen Regierungsmittelglieder eine Homogenität der politischen Auffassung nicht zeige. Auch in wirtschaftlichen Fragen gingen die Auffassungen auseinander. Seine Freunde seien sich der Tragweite der gegenwärtigen Entscheidung voll bewußt und treten mit vollem Bewußtsein auf den Boden der neu geschaffenen Lage. Es wäre ein großer Segen für unser Volk, wenn endlich einmal die alte Parteienwirtschaft aufhöre und die bürgerlichen Parteien sich wieder zusammenschließen. Staatsminister Rietzhammer gab zu, daß innerhalb der Regierungsmittelglieder eine Homogenität der politischen Auffassung nicht bestehe. Es sei aber unvermeidlich erschienen, die Regierung nur aus einer einzigen Partei zusammenzusetzen. Homogenität herrsche jedoch innerhalb der neuen Regierung hinsichtlich des Bündnisses, Ruhe und Ordnung zu erhalten und die schwere Zeit nach dem Krieg zu überwinden. Abg. Brodau (Fortf. Sp.) begrüßt namens seiner Fraktion die vom Vertrauen der Volksmehrheit und der Mehrheit des Parlamentes getragene Regierung. Das Regierungsprogramm billigen seine Freunde in allen Punkten und hätten nur noch einige Wünsche hinzuzufügen, die sich durchaus im Rahmen dieses Programmes bewegen. Abg. Seeger (Unabh. Soz.) sagt: Die ganze Reformierung ist nichts weiter als ein Angstprodukt und könne die Forderungen der Bevölkerung nicht befriedigen. Redner führt eine Reihe weitergehender Wünsche an und äußert sich dann über die Errichtung der neuen Reichsregierung, wobei er bemerkt, die Staatssekretäre im Reich seien die Hausrecht des Kaisers. Er erhält dafür seinen Ordnungsruf, den er ablehnt. Weiter behauptet er, der Krieg sei von Deutschland vorbereitet und angezettelt worden. Präsident Dr. Vogel verweist die Regierung und das deutsche Volk gegen diesen Vorwurf. Staatsminister Günther legt namens der Regierung gegen die Behauptung des Redners, daß der Krieg von Deutschland angezettelt worden sei, Verwahrung ein. Deutsche Zustände wüßten wir uns nicht. Der Zusammenhang aller Volksgenossen sei notwendig, um die ungeheure Not der Gegenwart zu überwinden. Abg. Barth (Nat.) bittet zugleich im Namen seiner Fraktionsgenossen Kogel die Regierung, bei der bevorstehenden Neuordnung im Staatsleben die Sicherung der Rechte des kleinen Volkstammes, der Wenden, auf seine Muttersprache und sein Volkstum zu gewährleisten. Abg. Dr. Jöppel (Nat.) weist die Ausführungen Seegers zurück. Abg. Fleischer (Unabh. Soz.) verteidigt seinen Fraktionsgenossen Seeger und behauptet, was man jetzt im Lande und Reich

gelten habe, sei nicht einmal der Anfang der Demokratie. Damit schließt die Ausdrucksache.

Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 11 Uhr. Vorberatung über die Dekrete betr. Dienststrafrecht der Beamten und Diener für Bezirksauschussmitglieder.

Seid gewarnt!

Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Fronten vollzieht sich in Formen, die sich kaum noch von dem Auflösungsprozeß der russischen Deeresmacht unterscheiden. Es wirkt wie ein böser Wisp der Weltgeschichte, daß die früher so verachteten italienischen Truppen jetzt im Einverständnis mit der österreichisch-ungarischen Deeresleitung hinter der Front der österreichisch-ungarischen Truppen eine feste Linie gebildet haben, um weitere Auflösung der rumänischen Regimenter zu verhindern, die vier Jahre lang die italienischen Anstürme heldenhaft zurückgeschlagen haben. Einzelne Formationen haben sich insofern schon vorzeitig auf den Heimarsch begeben und das friebliche Hinterland sengend und plündernd durchgezogen. Ist die Disziplin erst einmal gebrochen, so scheint ein böser Geist Einfuhr bei den Truppen zu halten, der jede Rücksicht auf Ordnung und auf den Schutz der Heimat rücksichtslos beiseite schiebt. Die vier Kriegsjahre hindurch unter ungeheuren blutigen Opfern einen Schutzwall gebildet haben, werden dann zur schrecklichsten Bedrohung der Heimatbedrohung.

Die Gefahr für Deutschland haben wir von deutschen Truppen glücklicherweise nicht zu erwarten. Nicht nur, daß sie restlos Disziplin halten, stehen sie gegenwärtig in den schwersten Abwehrlämpfen an der Westfront seit Kriegsausbruch. Täglich werden dort Soldaten vertrieben, die trotz alles früher schon Geleisteten überlegen nicht haben. Die deutsche Westfront steht fest und unerschütterlich und wehrt erfolgreich alle feindlichen Durchbruchversuche ab.

Die Gefahr für Deutschland liegt gegenwärtig in der Heimat. Stimmungen der Unzufriedenheit, der Kriegsmüdigkeit und des Friedens um jeden Preis suchen sich geltend zu machen, die von unheilvollsten Folgen sein müßten, wenn sie die Oberhand gewinnen. Die neueren Vorgänge in Kiel und anderorts zeigen eindringlich die große Gefahr, die unter allen Umständen gebannt werden muß.

Die deutsche Volkregierung hat diese Gefahr rechtzeitig erkannt und sucht den Geistern der Unordnung durch weitgehende Aufklärung über die innerpolitischen Erregungszustände der letzten Wochen entgegenzutreten. In einem Aufruf wendet sie sich an das deutsche Volk und ermahnt es, „sich nicht von Phantasien hinreißen“ zu lassen. „Selbstherrschaft und Ordnung tun not.“ Bei dem ordnungsliebenden Grundzuge des deutschen Volkes darf man erwarten, daß diese nur allzu berechtigte Warnung bei der Masse des Volkes auf guten Boden fällt. Der Volkswille ist dem deutschen Volkstypus zuzurechnen. Die durch Zufall aufgedeckten schändlichen Verbrechen, durch Umtriebe der russischen Volkspartei in Berlin bolschewistische Propaganda nach Deutschland zu verpflanzen und die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz aller Verhältnisse zu bewegen, werden entschlossen unterdrückt werden. Das neue Deutschland darf und wird nicht der Tumultmassen anarchoide Verbrechen werden.

Der Aufruf der Volkregierung stellt in gedrängter Kürze die großen freiheitlichen Erregungszustände der letzten Wochen zusammen, spricht feierlich sein Vertrauen zu dem deutschen Volke aus und verlangt gleiches Vertrauen vom Volke selbst für seine Tätigkeit. Er betont, den erblichen Willen der Reichsregierung, bald zum Frieden zu kommen und eine gesicherte Zukunft für Deutschland